



Ausgabe 3/2007
23. März 2007

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Arbeitsplatz Dienst-PkW von Ernst Ziegenheim, HPR-Vorsitzender

Die Ausschreibung der Dienstfahrzeuge steht wieder an und so konnten wir über den Hauptpersonalrat die Anregungen der Kolleginnen und Kollegen in die Ausschreibungsmodalitäten einbringen.

Bei der Diskussion hat sich ein Hauptpunkt herauskristallisiert. Die Anforderungen an den Arbeitsplatz Dienst-Kfz für den täglichen Streifendienst haben sich gewandelt! Dies trifft vor allem auf das Raum- und Sitzangebot zu. Es hat sich abgezeichnet, dass sich Fahrzeuge der Mittelklasse, hier vor allem die Fahrzeu-

ren Mittelklasse z.B. BMW 5 oder Audi A 6 beschafft werden. Bei allem Verständnis für eine sparsame Haushaltsführung sind wir der Ansicht, diese hat in den Hintergrund zu treten, wenn es um den „Ar-



Gurtschnalle am Fahrersitz. Wird durch Holster und P 7 verdeckt.

beitsplatz Dienstfahrzeug“ für den täglichen Dienst geht. Der Raumbedarf hat sich durch die Verbesserung der persönlichen Ausrüstung, wie z.B. Einsatzgürtel und Schutzweste, wesentlich erhöht. Das Tragen der Schutzweste als wichtiges Sicherheitselement darf nicht dadurch in Frage gestellt werden, weil der Arbeitsplatz Dienst-Kfz für den täglichen Ge-



Diese Bewegungen sind notwendig um sich im 3er Dienst-Fahrzeug anzuschnallen.



Dienst-Pkw 3er BMW Fahrersitz

ge der Baureihe BMW 3 und Audi A4, auf Grund ihres beengten Innenraumes, nicht für den täglichen Streifendienst eignen. Durch die bauartbedingte Enge wird das längere Sitzen zur Qual, ganz abgesehen vom Einsteigen und Schließen der Türen. Aus Sicht der GdP sollten für den täglichen Streifendienst Fahrzeuge der obere

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei -
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

Einmalzahlung zum 1.4.2007

Mit dem April-Gehalt erhalten Beamte und Versorgungsempfänger die Einmalzahlung für das Jahr 2007 in Höhe von 250 €. Dies sind linear aufs Jahr umgerechnet je nach Gehaltsgruppe 0,25-0,6 %, angesichts der stark steigenden Steuereinnahmen mehr als beschämend. Leider ist auch die lineare Gehaltserhöhung ab 01.01.08 analog der im TV-L vereinbarten Höhe von 2,9 % noch nicht definitiv zugesagt – die GdP wird hier weiter am Ball bleiben, damit auch die Beamten nach mehreren Null- bzw. Mini-Runden mehr Geld im Geldbeutel haben.

brauch zu klein bemessen ist. Die Kolleginnen und Kollegen verrichten ihren täglichen Dienst, der sowieso schon schwer genug ist, mit hohem Engagement. Dafür haben sie einen ordentlichen Arbeitsplatz verdient. Wir fordern daher den Arbeitsplatz Dienst-Kfz den neuen Erfordernissen anzupassen.



Steuereinheit für Blaulicht und Anhaltesignalgeber. Betätigung des Blaulichts und Sondersignal für Beifahrer bei Einsatzfahrten nicht möglich.



Evaluierungsbericht zur Polizeireform Licht und Schatten

Nach dem Bericht von IM Dr. Beckstein haben die Berufsvertretungen den kompletten Evaluierungsbericht zur Einsicht bekommen. Eine erste Auswertung ergab doch einige Problemkreise, die mit unserem Innenminister beim nächsten Treffen zu besprechen sind. Vor allem die von ihm selbst angekündigte „temporäre Schließung von Dienststellen“ betrachtet die GdP als äußerst problematisch und sorgt im Kollegenkreis für viel Unruhe. Zwar soll nach Becksteins Rede vor dem Innenausschuss nur gemeint sein, dass die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, damit eine Streife bei einem Einsatz ggf. von dem Kollegen, der alleine auf der Dienststelle ist, unterstützt werden kann. Doch sind die Bedingungen für eine Schließung erst einmal geschaffen, ist es nur ein kleiner Schritt von der temporären zur festen Schließung zur Nachtzeit. Hier haben die Basisdienststellen berechnete Bedenken, denn der Personalabbau und die aufgrund hoher Belastung im Schichtdienst steigende Anzahl von Kollegen/-innen mit fehlender oder eingeschränkter Schichtdiensttauglichkeit werden – wenn die Politik durch entsprechende Einstellungs-

zahlen nicht umgehend gegensteuert – das Thema Nachtschließung oder gar Schließung von Kleindienststellen schneller auf die Tagesordnung bringen, als es allen Beteiligten lieb ist.

Eine weitere Problemstellung aus dem Evaluierungsbericht betrifft die neuen Regionalpräsidien, insbesondere der Teilungspräsidien. Das neue PP Unterfranken fährt mit dem derzeit vorhandenen Personal aufgrund der teils von den Direktionen übernommenen Aufgaben und der durch den Wegfall der Zwischenebene höheren Zahl von Ansprechpartnern sowie des erhöhten Koordinationsbedarfs „am Limit“. Es kann also hier kein weiteres Personal eingespart werden und durch die Teilung wird für die Präsidien der Stellenbedarf insgesamt sogar etwas höher. Der Minister will dieses Problem nicht wahrhaben – weshalb wohl immer noch kein offizielles Personalkonzept für die neuen PP vorliegt. Auch im Tarifbereich gibt es bislang keine Papiere zum Stellengefüge. Die GdP kann hier nur warnen, die Ungeduld der betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht ernst zu nehmen. Das Ziel der Verstärkung der Basis kann sehr

schnell ins Gegenteil verkehrt werden, wenn nämlich die neu aufzubauenden Präsidien zur Funktionsfähigkeit auf die Basisdienststellen zurückgreifen müssen, um dort im Wege von Abordnungen Personal zu rekrutieren. In diesem Fall wäre absolut „Feuer am Dach“ und die Sicherheitslage vor Ort für den Bürger würde schlechter.

Die Personaldecke wird auch infolge der mit der Reform beabsichtigten Stelleinsparung dünner. Sprach man zu Beginn der Reform noch vom Aufbau der Kriminaldauerdienste bei jeder KPI, so heißt es jetzt nur noch „flächendeckende Einführung“ – eben teilweise zentralisiert ein KDD für das gesamte Regional-PP!

Um nicht nur Negatives zu berichten, soll auch gesagt sein, dass die Einführung der neuen KDD sowie nach Beseitigung der Anfangsschwierigkeiten die neuen Einsatzzentralen ein Gewinn aus der Reform sind. Auch die von Dr. Beckstein im Innenausschuss bestätigte höhere Verantwortung der Dienststellen vor Ort und damit verbunden Aussichten auf höherwertige Dienstposten kommt den Forderungen der GdP in diesem Bereich sehr entgegen.
PSch

Neue Modernisierungsvereinbarung kommt

Um eine möglichst gute Beteiligung der betroffenen Beschäftigten an der Verwaltungsreform zu erreichen und soziale Besitzstände zu wahren, hatte der DGB vor ca. 6 Jahren den Vorschlag, in der sog. Modernisierungsvereinbarung mit der Staatsregierung entsprechende Regelungen schriftlich niederzulegen. Diese würden nun nach 5 Jahren (die Unterzeichnung des Papiers erfolgte 2002) auslaufen, weshalb eine Evaluation erfolgte und mit der Staatsregierung über



Stv. LV Peter Schall (2.v.l.) mit den Kollegen vom DGB und ver.di zu Gast bei Staatskanzleiminister Sinner (2.v.r.)



Fortsetzung Modernisierungsprogramm

eine Fortschreibung und Verlängerung der Geltungsdauer verhandelt wurde. Mit der Vereinbarung ist es gelungen für Reformmaßnahmen auch Regelungen zu treffen, die über das Personalvertretungsrecht hinausgehen. Damit konnte die Transparenz erhöht und die Beteiligung der Beschäftigten, der Personalräte und der Gewerkschaften verbessert bzw. sichergestellt werden.

Anfang März hatte DGB-Chef Fritz Schösser mit der Staatskanzlei zu diesem Zweck einen Termin mit StM Sinner vereinbart. Neben ver.di war auch die GdP

durch Stv. LV Peter Schall bei diesem Gespräch dabei. Beide Seiten stimmen darin überein, dass die Modernisierungsvereinbarung für den Öffentlichen Dienst in Bayern in den letzten 5 Jahren sinnvoll war und fortgeschrieben werden soll, dabei sollen die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt werden.

So sollen die Personalvertretungen dabei schon über die ersten Planungen informiert werden und nicht erst nach einschlägigen Beschlüssen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Fritz Schösser forderte zudem, dass das berufliche Fort-

kommen der Beschäftigten nicht beeinträchtigt werden darf, das gilt besonders für bevorstehende Beförderungen bzw. Höhergruppierungen. Daneben wurden unter anderem noch Änderungen bei der sozialverträglichen Gestaltung und die Sicherung eines ausreichenden Einstellungskorridors vorgeschlagen.

Die Vorschläge des DGB wurden von Staatsminister Sinner überwiegend positiv gesehen. Die Gespräche werden auf der Fachebene weitergeführt. Ziel ist es, die Vereinbarung im Mai zu unterzeichnen. PSch



GdP-Werbeaktion Anfang März gestartet

Freie Prämienauswahl für Neumitglieder! Prämienwunsch bitte ankreuzen



College-Mappe

Material: Hochwertiges Kunstleder. Großes Einsteckfach für Dokumente, 3 aufgenähte Einstecktaschen, 1 Einstecktasche für Schreibgerät, 4-Ring-Reißmechanik, 3 Klarsichthüllen und Klemmleiste. Mit stabilem Rundum-Reißverschluss



LED Lenser „Hokus Focus“

Der getunte, superhelle Hochleistungschip stellt selbst große Stabtaschenlampen in den Schatten. Übertrifft die Brenndauer konventioneller Lampen um ein Vielfaches. Robuste, spritzwassergeschützte Aluminiumgehäuse garantiert auch bei extremer Beanspruchung lange Freude.



Cop Pro-Einsatztasche

Außenmaße: ca. 56 x 24 x 32 cm (L x B x H). Reißfestes, hochwertiges Polyester, gepolsterter Komfortschultergurt und verstärkte Seitenteile. Klassische Polizeiausrüstungstasche mit vorderen Außentaschen, z.B. für Stablampe, Verwarnungsblock und Funkgerät sowie Befestigungsschlaufen für Schlagstock. Stabiles herausnehmbares Zwischenfach für Längen- und Breitenunterteilung (mit Aufschrift „POLIZEI“, sonst ohne Zubehör).

... auch der Werber wird belohnt!



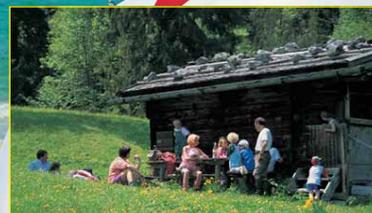
20 Euro-Tankgutschein
Einlösbar an allen Aral Tankstellen



Car-Cup

Trinkbecher aus mattiertem Edelstahl. Passend für alle gängigen Becherhalter im Auto. Maße: Ø 8/6 x 17 cm

5% Reisekostenzuschuss für alle Mitglieder der GdP!



- Pauschalreisen
- Kreuzfahrten
- Flussfahrten
- Autoreisen
- Wellness
- Charterflüge
- Studienreisen
- Wanderreisen

Die Reise muss über unser Reisebüro gebucht werden.

Unverbindliche Beratung:
089/57 83 88 24 • www.swbayern.de



Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansastraße 17/1
80686 München
www.swbayern.de

Telefon 089 / 57 83 88 24
Telefax 089 / 57 83 88 23
Email info@swbayern.de